



Unterbezirk
Gelsenkirchen/Bottrop

Arbeiterwohlfahrt Postfach 10 02 43 45802 Gelsenkirchen

An die
Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des
AWO Unterbezirk Gelsenkirchen/Bottrop

AWO Unterbezirk
Gelsenkirchen/Bottrop
Grenzstraße 47
45881 Gelsenkirchen

T 0209 40 94 - 0
F 0209 177 87 50
E info@awo-gelsenkirchen.de
I www.awo-gelsenkirchen.de

Ihr Zeichen/Ihr Schreiben vom

Unser Zeichen

Durchwahl

Datum

lüb/we

-102

28.07.2016

Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,

Sie werden in den vergangenen Tagen möglicherweise die Medienberichte über den „Umgang der AWO mit der AfD“ verfolgt haben. Basis dieser Berichte ist ein Beschluss des Präsidiums des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt aus Juni 2016. Diesen Beschluss fügen wir zu Ihrer Information bei.

Wir gehen nicht davon aus, dass sich AWO Mitglieder oder AWO Beschäftigte vor den Karren der AfD spannen lassen. Wenn es Zweifel gibt, dann werden wir in jedem Fall das persönliche Gespräch suchen, um zu überzeugen. Aber es wird keine Vorverurteilungen noch „Gesinnungsschnüffelei“ geben!

Klar ist für uns aber auch: Wer sich zu rechtsextremen, rassistischen und menschenverachtenden Äußerungen bekennt, hat keinen Platz in der AWO! Weder als Mitglied noch als Beschäftigter.

Lassen Sie uns, liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, auch weiterhin Seite an Seite für eine tolerante und weltoffene Gesellschaft eintreten.

Mit freundlichen Grüßen

ARBEITERWOHLFAHRT
UNTERBEZIRK GELSENKIRCHEN/BOTTROP

Unterbezirksvorsitzende
Bernd Zenker-Broekmann
Jochen Brunnhofer

Geschäftsführung
Gudrun Wischnewski

Mitglied der AWO
Bezirk Westliches Westfalen e.V.

Vereinsregister
VR 1598
Amtsgericht Dortmund

Konten
Sparkasse Gelsenkirchen
IBAN DE39 4205 0001 0101 0888 76
BIC WELADED1GEK

Sparkasse Bottrop
IBAN DE38 4245 1220 0000 0062 96
BIC WELADED1BOT

Bernd Zenker-Broekmann
UB-Vorsitzender

Jochen Brunnhofer
UB-Vorsitzender

Heinz Lübke
stellv. Geschäftsführer



Position des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt e.V. zum Umgang mit der Partei Alternative für Deutschland (AfD)

Die Partei Alternative für Deutschland (AfD) hat sich im Jahr 2013 gegründet. Ihre anfängliche Ausrichtung war geprägt durch die Euro-Rettungspolitik. Mit dem Führungswechsel in der Parteispitze im Juli 2015 sowie den Flüchtlingsbewegungen seit dem Spätsommer 2015 hat sich die Partei aus Sicht der AWO zunehmend hin zum politisch rechten Rand orientiert und positioniert.

Führende Personen aus dem Kreis der AfD machen wiederholt mit völkischen, rassistischen und menschenverachtenden Parolen in der Öffentlichkeit Stimmung gegen schutzsuchende Menschen und auch gegen Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik mit Migrationshintergrund. Das steht im unvereinbaren Widerspruch zu den Grundwerten der AWO. Die wiederholten Äußerungen von AfD-Führungspersonen unterstreichen zusehends die Ausrichtung der Partei. Die AWO wird dieser Partei aktiv entgegentreten und ihr Gedankengut bekämpfen.

Auch wenn es unwahrscheinlich ist, dass Mitarbeiter/-innen der AWO auch Mitglied bei der AfD sind, gilt es im Einzelfall zu prüfen, inwiefern der oder die Mitarbeiter/-in die teilweise rechtspopulistischen, völkischen und rechtsextremen Haltungen der Partei unterstützt. Das gleiche gilt für Engagierte und Mitglieder der AWO.

Die Vereinbarkeit einer Beschäftigung und einer Mitgliedschaft bei der AWO mit einer Mitgliedschaft bei der Partei Alternative für Deutschland (AfD) wird im Einzelfall entschieden. Grundlage für die Einschätzung muss das persönliche Gespräch und der jeweilige Einsatzort sein. Sollte ein/e Mitarbeiter/in oder ein Mitglied sich zu rechtsextremen, rassistischen und menschenverachtenden Äußerungen bekennen, ist eine Kündigung oder eine Auflösung der Mitgliedschaft anzustreben.

Für die Arbeiterwohlfahrt ist klar, dass sie geschlossen in allen Bereichen und auf allen Ebenen eine offene Auseinandersetzung mit der AfD sucht. Vor dem Hintergrund ihrer Werte wird die AWO Haltung zeigen und für gesellschaftlichen Zusammenhalt einstehen – gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Rechtsextremismus.